

## STUTTMANN'S ST(R)ICHELEIEN



Die Welt fiebert mit ...!

## KOMMENTAR



## Fauler Zauber

Die Märchenhochzeit in London

► MARCO ROSE

Den Briten sei der Spaß an dieser Hochzeit gegönnt. Sie zahlen der blaublütigen Sippschaft immerhin ein erkleckliches Sümmchen pro Jahr und bekommen dafür im Regelfall nur derben Klatsch geboten. Ein bisschen Glamour sollte da schon im Preis inbegriffen sein, ist der britische Alltag für die nichtprivilegierten Inselbewohner doch vielfach nur grau.

Aus deutscher Sicht will der ausufernde Prunk der Windsors nicht so recht passen in diese Zeit der Nachkrisenjahre: Da werden in Großbritannien Studiengebühren auf bis zu 9000 Pfund (!) pro Jahr erhöht, Zehntausende Gemeindeangestellte entlassen, vielerorts Büchereien und Schwimmbäder geschlossen. Gleichzeitig verpulvert eine maßlose Königsfamilie mehr als geschätzte 14 Millionen Euro für diese Hochzeit.

Gut, das ist letztlich Sache der Briten. Die Monarchie ist in Europa ein Auslaufmodell, das nur noch zuckend am vergifteten Tropf der Yellow Press hängt. Die Windsors selbst sind das beste Beispiel für diesen Niedergang.

Wenn die Mehrheit des britischen Volkes tatsächlich meint, nicht ohne den Tand von Vorgesetzten existieren zu können, ist das zwar traurig. Richtig ärgerlich aber wird es erst, wenn uns in Deutschland selbst ernannte

Adelsexperten ihre verstaubten Thesen vom ach so schönen und bunten Leben in der Monarchie präsentieren dürfen – und zwar stundenlang auf den beiden großen öffentlich-rechtlichen Kanälen.

Anstatt mit Stolz auf die republikanische Tradition Deutschlands zu blicken, weinen diese medialen Hofschranzen einer Zeit hinterher, die wir zum Glück längst überwunden haben. „Pinkelprinz“ und Co. fristen hierzulande ein oftmals bequemes, aber dennoch trauriges Dasein in den Klatschspalten – und nur da gehören sie auch hin!

## Sehnsucht nach Schlichtem

Es ist die Sehnsucht nach Schlichtem, nach einer einfachen, berechenbaren Welt, die immer mal wieder royale Fantasien auch in Deutschland beflügelt. Ist ja auch schön anzusehen, die Sache mit den Kutschen, den komischen Hüten und funkelnden Helmen. Geschichten von Märchenhochzeiten dieser Art haben nur einen Haken: Das Leben ist kein Märchen und meist nicht einmal annähernd märchenhaft.

Zum Glück ist der Deutsche spätestens bei der Frage, wer für den faulen Zauber zahlen soll, ein nüchterner Demokrat. ► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de

## DAS AKTUELLE STICHWORT

## Sparen durch Mindestlohn

Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde könnte die öffentlichen Haushalte um über sieben Milliarden Euro entlasten. Einer gestern vorgestellten Studie des Schweizer Forschungsinstitut Prognos zufolge würde sich bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro die Einkommenssituation von rund fünf Millionen Arbeitnehmern verbessern. Sie würden 14,5 Milliarden Euro mehr an Erwerbseinkommen erzielen und jeweils 2,7 Milliarden Euro mehr an Steuern und Sozialbeiträgen zahlen. Zudem gingen staatliche Transfers wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kindergeldzuschlag im Umfang von 1,7 Milliarden Euro zurück.

In Auftrag gegeben wurde die Studie von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Stiftung zufolge erhalten derzeit 1,2 Millionen Menschen in Deutschland einen Stundenlohn von unter fünf Euro. Für 3,6 Millionen Menschen liege er unter 7,50 Euro und für Millionen Men-

schen unter 8,50 Euro.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht sich dadurch in ihrer Position bestätigt, wonach eine Haushaltskonsolidierung auch sozial gerecht möglich sei. Die Bundesregierung habe hingegen ein sozial unausgewogenes Sparpaket vorgelegt, kritisierten Fraktionsvize Hubertus Heil und der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider. Die angebliebenen Belastungen für die Verursacher der Finanzkrise und hohe Einkommen seien reine Ankündigungen geblieben. Konkret seien dagegen die Belastungen für die arbeitenden Menschen und vor allem für die Arbeitsuchenden.

Die Grünen-Arbeitsmarktpertin Brigitte Pothmer sagte, die Studie belege, dass von einem Mindestlohn die Niedriglöhner, „faire Unternehmen“ und der Staat profitieren würden. „Die Mindestlohnverweigerer von CDU/CSU und FDP müssen endlich ihre rein ideologische motivierte Blockade aufgeben“, forderte Pothmer.

## ANSICHT

„Ich hatte noch nie Streit mit meiner Frau. Bis auf das eine Mal, als sie mit aufs Hochzeitsfoto wollte.“

MEHMET SCHOLL, DEUTSCHER FUSSBALLSPIELER UND TRAINER

## „Wir müssen unser Profil schärfen“

Ursula Engelen-Kefer ist überzeugt: Nur wenn die Mitgliedsgewerkschaften des DGB mit einer Stimme sprechen, wird die Arbeitnehmer-Bewegung auch in der Sozialpolitik wieder stärkeren Einfluss gewinnen.

VON JOACHIM ZINSEN

**Aachen.** Der 1. Mai, der Tag der Arbeit, ist für die Gewerkschaften auch in diesem Jahr mehr als nur ein Feiertag. Warum das so ist, erklärt Ursula Engelen-Kefer, langjährige stellvertretende Vorsitzende des DGB im Interview mit den „Nachrichten“.

Frau Engelen-Kefer, freuen Sie sich auf den 1. Mai?

**Engelen-Kefer:** Natürlich. Für Arbeitnehmer und Gewerkschafter ist das auch ein Feiertag.

Keine reine Arbeitnehmer-Folklore? **Engelen-Kefer:** Nein, dafür sind die Zeiten zu ernst. Viele Menschen sind mit massiven Problemen konfrontiert.

Trotzdem gibt es zahlreiche Beschäftigte, die mit dem 1. Mai nichts mehr anzufangen wissen. Sie profitieren zwar gerne von den durch Gewerkschaften erstrittenen Lohn- und Gehaltserhöhungen, stehen ansonsten aber der organisierten Arbeitnehmer-Bewegung uninteressiert bis ablehnend gegenüber.

**Engelen-Kefer:** Das ist eine Entwicklung, die ich schon lange mit Sorge sehe. Durch sie wird die Macht und Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften erheblich eingeschränkt. Letztlich schadet solch eine Haltung allen Arbeitnehmern. Allerdings haben nicht nur Gewerkschaften mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen. Andere Großorganisationen – wie etwa Kirchen oder Parteien – geht es ähnlich. Wir Gewerkschafter müssen uns fragen, warum dies auch uns trifft und wie wir diese Entwicklung stoppen können.

Wissen Sie eine Antwort? **Engelen-Kefer:** Die Gewerkschaften müssen ihr sozialpolitisches Profil wieder schärfen. In der Tarifpolitik sind wir zwar sehr erfolgreich – vor allem dort, wo wir organisatorisch stark sind. Doch für Arbeitnehmer zählt nicht nur die Höhe der Löhne. Sie brauchen auch soziale Sicherheit und zwar zu vertretbaren Kosten. In diesem Bereich haben die Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten an politischem Einfluss verloren. Wir gewinnen ihn nur dann zurück, wenn die Mitgliedsgewerkschaften im DGB wieder stärker zusammenstehen und mit einer Stimme sprechen. Dann können wir auch die Solidarität der Arbeitnehmer untereinander stärken.

Die Beschäftigten in großen, auf den Export ausgerichteten Unternehmen mit starken Betriebsräten und guten Tarifverträgen dürfen nicht die zunehmende Zahl von Arbeitnehmern aus den Augen verlieren, die vor allem im personenbezogenen Dienstleistungsbereich – also im Einzelhandel, im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Pflegebranche – unter immer schlechteren Arbeitsbedingungen leiden.

Gerade letztere dürften von einer Regelung betroffen sein, die am 1. Mai in Kraft tritt. An diesem Tag wird der deutsche Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus weiteren osteuropäischen Ländern geöffnet. Wie wird sich das langfristig auswirken?

**Engelen-Kefer:** Ich glaube nicht, dass es zu einem Massenansturm kommen wird. Experten rechnen mit einer Zuwanderung von 100 000 bis 150 000 Personen. Das wäre kein Problem, wenn bei uns die rechtlichen und praktischen Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt stimmen würden. So aber befürchte ich, dass Leiharbeitsagenturen wieder ihren Reich machen werden. Sie werden in Osteuropa Menschen anheuern, die sie hier zu Dumpingpreisen einsetzen. Das kann dazu führen, dass es einen weiteren negativen Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen gibt. Erforderlich sind gesetzliche Regelungen, die das verhindern.

Für die Zeitarbeitsbranche ist vom Gesetzgeber inzwischen ein Mindestlohn zwischen 6,89 und 7,79 Euro festgesetzt worden. Reicht das nicht, um weiteres Lohndumping zu verhindern?

**Engelen-Kefer:** Das ist sicherlich



Ursula Engelen-Kefer: Wir brauchen einen Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro.

Foto: imago/Ina Peek

eine Hilfe. Aber auf Dauer sind solche Löhne nicht existenzsichernd. Nein, um Lohndumping wirksam zu bekämpfen, brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro und für die Leiharbeitsbranche das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Sehen Sie bei der schwarz-gelben Bundesregierung dazu den politischen Willen?

**Engelen-Kefer:** Überhaupt nicht.

Arbeitgeber-Verbände betrachten die Öffnung des Arbeitsmarkts als Chance, den Fachkräftemangel in Deutschland abzubauen. Gibt es diesen Fachkräftemangel überhaupt?

**Engelen-Kefer:** Es gibt in Deutschland keinen pauschalen Fachkräftemangel, lediglich in einzelnen Branchen. Nur sollten sich die Arbeitgeber einmal fragen, warum das so ist und was sie in der Vergangenheit bei der Ausbildung versäumt haben. Wir stehen vor hausgemachten Problemen. Zuwanderung darf nicht zur Ersatzfunktion für Fehler bei der Ausbildung werden.

Trotzdem ist in den vergangenen Monaten die Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückgegangen. In welchen Bereichen hat es denn einen signifikanten Beschäftigungsaufbau gegeben?

**Engelen-Kefer:** Die Hälfte der neu geschaffenen Stellen sind Leiharbeitsstellen oder befristete Jobs.

„Es gibt in Deutschland keinen pauschalen Fachkräftemangel.“

URSULA ENGELEN-KEFER

Damit fehlt den Menschen aber nicht nur eine langfristige Perspektive, sie werden häufig auch in die Armut getrieben. Hier muss der Gesetzgeber endlich aktiv werden.

Von Unternehmensseite ist häufig zu hören, dass es für unqualifizierte oder kaum qualifizierte Arbeitnehmer außerhalb der Leiharbeit kaum eine Chance gibt, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Stimmt das?

**Engelen-Kefer:** Leiharbeit ist längst kein Phänomen mehr, das nur Unqualifizierte trifft. Immer mehr Arbeitgeber greifen auf dieses Instrument zurück, weil sie sich damit ihrer arbeitsrechtlichen Verpflichtungen entziehen können. Noch schlimmer sind die ausufernden 400-Euro-Jobs für inzwischen mehr als sieben Millionen Menschen. Wir finden sie bis hinein in den wissenschaftlichen Bereich. Das ist skandalös.

Nun gibt es aber nicht nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse, sondern auch immer noch klassische,

tarifgebundene Vollzeitarbeitsplätze. Selbst Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hat im vergangenen Herbst gefordert, dass in Zeiten des Aufschwungs auch die Arbeitnehmer davon profitieren müssen. Die Abschlüsse in der laufenden Tarifrunde liegen bisher meist um die drei Prozent. Das sind doch keine kräftigen Realloohnerhöhungen.

**Engelen-Kefer:** Die Faustformel für Lohnerhöhungen lautet: Inflationsrate plus Produktivitätssteigerung gleich Verteilungsspielraum. Allein der Preisanstieg wird in diesem Jahr schon zwischen zwei und 2,5 Prozent liegen. Vor diesem Hintergrund sind drei Prozent natürlich mager. Aber höhere Forderungen müssen auch durchgesetzt werden.

Warum haben die Gewerkschaften das nicht geschafft?

**Engelen-Kefer:** Ich stelle die Frage anders herum: Warum sind die Arbeitgeber nicht bereit, mehr zu zahlen. Die Gewerkschaften haben während der jüngsten Wirtschaftskrise Verantwortung gezeigt. Wir haben massenhaft Kurzarbeit zugestimmt, was für viele Arbeitnehmer Lohnverzicht bedeutete. Deshalb wäre es von Arbeitgeberseite mit beginnendem Aufschwung nur fair und klug, sich mit den Gewerkschaften auf deutlichere Lohnsteigerungen zu einigen.

Die Massenkaufkraft wird durch die laufende Tarifrunde sicherlich nicht gestärkt.

**Engelen-Kefer:** Leider ist das so. Höhere Löhne bedeuten nicht nur höhere Arbeitskosten, sondern immer auch eine Stärkung der Nachfrage. Die Arbeitgeber hätten von kräftigeren Lohnsteigerungen also selbst profitiert.

Das Arbeitgeberlager behauptet, unter höheren Lohnsteigerungen würde die Exportfähigkeit der deutschen Unternehmen leiden.

**Engelen-Kefer:** Diese These hat sich durch die Finanzkrise ab absurdum geführt. Wegen der Lohnzurückhaltung und dem Sozialabbau der vergangenen Jahre ist in dieser Zeit massenhaft Geld gespart worden, mit dem an den Kapitalmärkten nicht spekuliert wurde. Zwischen 2000 und 2008 sind rund 600 Milliarden Euro in Deutschland nicht investiert, sondern den Banken und sonstigen Finanzinstituten zur Verfügung gestellt worden. Da wurde Geld, das eigentlich den Arbeitnehmern zusteht, regelrecht verbrannt. Um so schlimmer ist es, dass die Bürger jetzt auch noch durch höhere Steuern und Abgaben sowie fehlende Investitionen in die Infrastruktur für die Rettung von Banken und anderen Spekulanten gerade stehen müssen.

Nochmals zur Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Welche Auswirkungen hat die ausschließlich auf den Export orientierte deutsche Wirtschaftsstrategie auf den Euro-Raum?

**Engelen-Kefer:** Unseren Exportüberschüssen stehen in anderen Ländern Importüberschüsse, also Schulden, gegenüber. Anders funktioniert es nicht. Natürlich kann niemand verlangen, dass Deutschland seine Exportwirtschaft schwächt. Aber wir müssen unserem starken Export nach und nach auch einen starken Import zur Seite stellen. Eine bessere Binnenkonjunktur erreichen wir aber nur durch höhere Löhne und nicht durch einen weiteren Ausbau der Niedriglohnsektoren und durch Sozialabbau. Nur so können wir die gewaltigen wirtschaftlichen

„Die Arbeitgeber würden durch kräftigere Lohnerhöhungen selbst profitieren.“

URSULA ENGELEN-KEFER

Ungleichgewichte zwischen den einzelnen EU-Staaten abbauen.

Die EU versucht das, nicht zuletzt auch auf Druck aus Berlin, indem sie die hochverschuldeten EU-Staaten zu radikalen Sparmaßnahmen zwingt.

**Engelen-Kefer:** Das ist eine völlig falsche Strategie. Leiden werden unter diesem Kurs vor allem die Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwachen. In Griechenland zum Beispiel wäre es vernünftig gewesen, zunächst einmal diejenigen steuerlich zur Kasse zu bitten, die in den vergangenen Jahren richtig kräftig verdient und kaum Steuern gezahlt haben. Stattdessen wird vielen Menschen dort die Existenzgrundlage genommen, so dass selbst Gutausgebildete nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Dadurch wird die Volkswirtschaft immer weiter geschwächt. Wie will Griechenland so jemals aus der Schuldenfalle herauskommen?

## Ursula Engelen-Kefer tritt in Aachen auf

Ursula Engelen-Kefer war von 1990 bis 2006 stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Seit 1984 ist die promovierte Volkswirtin Vizepräsidentin der heutigen Bundesagentur für Arbeit.

Am 1. Mai redet das SPD-Mitglied auf Einladung der DGB-Region Süd-West bei der Maiveranstaltung auf dem Aachener Marktplatz. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr